ÜBERSETZUNG

STAATSRAT
Gesetzgebungsabteilung

Gutachten 65.251/4
vom 11. März 2019

über

einen Vorentwurf eines Dekrets der Deutschsprachigen Gemeinschaft , zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens zwischen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Ausübung der Zuständigkeiten im Bereich Raumordnung und gewisser verbundener Bereiche‘

‡LW-CHDTPADCA-GFCFBSQ‡

Am 22. Januar 2019 wurde der Staatsrat, Gesetzgebungsabteilung, von der Vize-Ministerpräsidentin der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Ministerin für Kultur, Beschäftigung und Tourismus darum gebeten, innerhalb einer Frist von dreißig Tagen, ein Gutachten über einen Vorentwurf eines Dekrets ‚zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens zwischen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Ausübung der Zuständigkeiten im Bereich Raumordnung und gewisser verbundener Bereiche' abzugeben.

Der Vorentwurf wurde von der vierten Kammer am 11. März 2019 untersucht. Die Kammer setzte sich zusammen aus Martine BAGUET, Kammerpräsident, Bernard BLERO und Wanda VOGEL, Staatsräte, Sébastien VAN DROOGHENBROECK, Beisitzer, und Charles-Henri VAN HOVE, stellvertretender Greffier.

Der Bericht wurde von Stéphane TELLIER, Auditor, vorgelegt.

Das Gutachten, dessen Wortlaut nachstehend wiedergegeben ist, wurde am 11. März 2019 abgegeben

*

‡LW-CHDTPADCA-GFCFBSQ‡

Da der Begutachtungsantrag aufgrund von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nr. 2 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze ‚über den Staatsrat' eingereicht wurde, beschränkt sich die Gesetzgebungsabteilung gemäß Artikel 84 § 3 der o.a. koordinierten Gesetze darauf, die Rechtsgrundlage des Vorentwurfs‡, die Befugnis des erlassenden Organs sowie die Einhaltung der vorangehenden Formvorschriften zu untersuchen.

Was diese drei Aspekte betrifft, sind über den Vorentwurf folgende Bemerkungen zu formulieren.

VORHERGEHENDE BEMERKUNGEN

1. Aufgrund der Vielzahl an Akten, die zurzeit der Gesetzgebungsabteilung des Staatsrates zur Begutachtung vorgelegt werden, ist es nicht möglich gewesen, eine vollständige Untersuchung des Vorentwurfs oder des Zusammenarbeitsabkommens, dem er zustimmen soll, durchzuführen, selbst nicht wenn sie auf die in Artikel 84 § 3 Absatz 1 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat erwähnten drei Punkte beschränkt wird.

Vorliegendes Gutachten beschränkt sich infolgedessen auf einige besonders wichtige Fragen allgemeiner und spezifischer Art, die Bestimmungen des Vorentwurfs oder des Zusammenarbeitsabkommens betreffen.

Es liegt auf der Hand, dass aus dem Stillschweigen dieses Gutachtens über gewisse Bestimmungen oder Fragen unter den o.a. Bedingungen nichts abgeleitet werden kann.

2. Dem untersuchten Zusammenarbeitsabkommen soll von dem wallonischen und dem deutschsprachigen Dekretgeber durch Dekret zugestimmt werden. Diese Dekrete sind der Ausdruck einer neuen gesetzgebenden Absicht, so dass die in dem Zusammenarbeitsabkommen festgelegten Regeln als neue materielle Rechtsnormen zu betrachten sind.

Die Vereinbarkeit dieser neuen Normen mit dem bestehenden materiellen Recht, insbesondere dem europäischen Recht, ist im Prinzip in puncto Inhalt zu untersuchen. Man stelle diesbezüglich fest, dass diese neuen Normen an erster Stelle gemeinsame Verfahrensregeln sind, die die Globalgenehmigungen und die integrierten Genehmigungen betreffen und die die in den Artikeln 81 und folgenden des Dekrets der Wallonischen Region vom 11. März 1999 'über die Umweltgenehmigung' sowie in den Artikel 83 und folgenden des Dekrets der Wallonischen Region vom 5. Februar 2015 'über die Handelsniederlassungen' erwähnten Verfahrensbestimmungen *mutatis mutandis* übernehmen. Insofern diese Bestimmungen aktuell bleiben und infolgedessen auf das Zusammenarbeitsabkommen übertragbar sind, beschränkt sich die Gesetzgebungsabteilung darauf, auf die bei der Untersuchung dieser Dekrete formulierten Bemerkungen hinzuweisen[1].

‡ Da es sich um einen Dekretvorentwurf handelt, wird unter „Rechtsgrundlage" die Übereinstimmung mit den höheren Rechtsnormen verstanden.

‡LW-CHDTPADCA-GFCFBSQ‡

TRAGWEITE DES DEKRETVORENTWURFS UND DES ZUSAMMENARBEITSABKOMMENS

Der untersuchte Dekretvorentwurf zielt darauf ab, dem Zusammenarbeitsabkommen zwischen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft 'über die Ausübung der Zuständigkeiten im Bereich Raumordnung und gewisser verbundener Bereiche' (nachstehend: "das Zusammenarbeitsabkommen") zuzustimmen.

Der Abschluss dieses Zusammenarbeitsabkommens wird damit begründet, dass gemäß Artikel 139 der Verfassung die Wallonische Region und die Deutschsprachige Gemeinschaft die Absicht haben, in gegenseitigem Einvernehmen zu beschließen, dass das Parlament und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft im deutschen Sprachgebiet die Befugnisse der Wallonischen Region ausüben. Diese Absicht äußert sich in zwei Dekretvorentwürfen, einem wallonischen Dekretvorentwurf und einem deutschsprachigen Dekretvorentwurf, "über die Ausübung der Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich der Raumordnung und gewisser verbundener Bereiche durch die Deutschsprachige Gemeinschaft", über die die Gesetzgebungsabteilung am 4. März 2019 die Gutachten Nr. 65.220/4 und 65.250/4 abgegeben hat.

Wie aus der Präambel des Zusammenarbeitsabkommens hervorgeht, erfordert die Ausübung der Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich Raumordnung durch die Deutschsprachige Gemeinschaft "den Abschluss eines Abkommens [zwischen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft] bezüglich bestimmter Punkte, insbesondere um die Kohärenz zwischen unterschiedlichen verwaltungspolizeilichen Vorgaben zu garantieren und zur Rechtssicherheit für die Bürger, Unternehmen und Verwaltungen (...) beizutragen".

Nachdem im Zusammenarbeitsabkommen die betreffende Zuständigkeit im Sinne des Sondergesetzes vom 8. August 1980 'über institutionelle Reformen' in den allgemeinen Bestimmungen (Kapitel 1) bestimmt wird und gewisse Begriffe zwecks dessen Anwendung definiert werden, wird dann in einem Kapitel 2 die anwendbare Gesetzgebung festgestellt, wenn Handlungen und Arbeiten an einem unbeweglichen Gut stattfinden, das sich über mindestens eine Gemeinde des französischen Sprachgebiets und mindestens eine Gemeinde des deutschen Sprachgebiets erstreckt; dieses Kapitel sieht ebenfalls gewisse einzuholende Stellungnahmen im Rahmen des somit eingeleiteten Verfahrens für die Beantragung einer Städtebaugenehmigung vor.

---

[1] Zum Beispiel, was die integrierten Genehmigungen betrifft, siehe - über die Frage, ob die Auferlegung einer Genehmigung für eine Handelsniederlassung mit der in dem europäischen Recht verankerten Niederlassungsfreiheit vereinbar ist - das Gutachten Nr. 55.688/2 vom 3. April 2014 über ein Vorentwurf, der zum Dekret vom 5. Februar 2015 geworden ist, *Pal. Dok.*, Wall. Parl., Nr. 1070/1, S. 39 bis 47, http://www.raadvst-consetat.be/dbx/avis/55688.pdf. Über die Vereinbarkeit der Regelung für die Erteilung der Umweltgenehmigungen mit dem europäischen Recht und über die Annehmbarkeit der stillschweigenden Genehmigungen, siehe das Gutachten Nr. 26.769/4 vom 23. Februar 1998 über einen Vorentwurf, der zum Dekret vom 11. März 1999 'über die Umweltgenehmigung' geworden ist, *Dok. Parl.*, Wall. Parl., 1997--1998, Nr. 392/1, http://www.raadvst-consetat.be/dbx/avis/26769.pdf.

‡LW-CHDTPADCA-GFCFBSQ‡

Ein Kapitel 3 bezieht sich auf die einzuholenden Stellungnahmen im Rahmen - einerseits - der Ausarbeitung, der Anpassung, der Überarbeitung oder der Aufhebung von Instrumenten (Plänen, Programmen, Regelungen) gemäß der in der Deutschsprachigen Gemeinschaft anwendbaren Gesetzgebung und im Rahmen - andererseits - des Verfahrens für die Erteilung von Genehmigungen oder Bescheinigungen gemäß der in der Deutschsprachigen Gemeinschaft anwendbaren Gesetzgebung.

Kapitel 4 betrifft zwei Fälle von gemeinsamen Verfahren, für die sowohl die Wallonische Region als die Deutschsprachige Gemeinschaft zuständig sind: es handelt sich einerseits um das Verfahren für die Erteilung einer Globalgenehmigung und, andererseits, um das Verfahren für die Erteilung einer integrierten Genehmigung. Das Zusammenarbeitsabkommen bestimmt die auf diese zwei Fälle anwendbaren Verfahrensregeln unter Berücksichtigung der möglichen Weiterentwicklung der Gesetzgebung von jeder Partei des Zusammenarbeitsabkommens und - wenn nötig – mit einer entsprechenden Regelung, die aus der Tatsache entsteht, dass zwei Gebietskörperschaften für die Erteilung einer einzigen Genehmigung zuständig sind.

In Kapitel 5 handelt es sich um die operative Raumordnung und in Kapitel 6 um die Gewerbeparks.

In Kapitel 7 werden die Regeln festgelegt, die bei der Schaffung, der Änderung, der Bestätigung oder der Abschaffung eines kommunalen Verkehrsweges, der sich über mindestens eine Gemeinde im deutschen Sprachgebiet und eine Gemeinde im französischen Sprachgebiet erstreckt, anwendbar sind.

Kapitel 8 enthält eine Reihe von verschiedenen Bestimmungen zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den wallonischen und deutschsprachigen Verwaltungen.

Kapitel 9 enthält Übergangs- und Schlussbestimmungen.

Das Inkrafttreten des Zusammenarbeitsabkommens, sowie dasjenige der aufgrund von Artikel 139 der Verfassung verabschiedeten o.a. Übertragungsdekrete, wird am 1. Januar 2020 festgelegt.

UNTERSUCHUNG DES ZUSAMMENARBEITSABKOMMENS

ALLGEMEINE BEMERKUNGEN

I. Über die Benutzung des Zusammenarbeitsabkommens als Rechtsinstrument

1. Über den Tausch, die Abtretung oder die Rückgabe von Befugnissen

Aufgrund des Artikels 139 der Verfassung kann die Deutschsprachige Gemeinschaft Befugnisse der Wallonischen Region in Angelegenheiten ausüben, die durch einerseits von dem wallonischen Gesetzgeber und andererseits von dem deutschsprachigen Gesetzgeber verabschiedete parallele Dekrete festgelegt sind.

‡LW-CHDTPADCA-GFCFBSQ‡

Gemäß Artikel 92*bis* § 1 Absatz 1 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 können der Föderalstaat, die Gemeinschaften und die Regionen Zusammenarbeitsabkommen abschließen, die sich insbesondere auf die gemeinsame Gründung und Verwaltung gemeinschaftlicher Dienststellen und Einrichtungen, auf die gemeinsame Ausübung eigener Befugnisse oder auf die gemeinschaftliche Entwicklung von Initiativen beziehen.

Die Zusammenarbeitsabkommen ergänzen den Grundsatz der ausschließlichen Zuständigkeiten des Staats, der Gemeinschaften und der Regionen. Sie ermöglichen es, die dem System der ausschließlichen Zuständigkeiten inhärente Schwierigkeit der gemeinsamen Führung einer Politik zu überwinden[2]. Es gilt als wesentlich, dass Befugnisse gemeinsam ausgeübt werden, was die Teilnahme jeder der von dem Zusammenarbeitsabkommen oder von Teilen dieses Abkommens betroffenen Parteien voraussetzt. Obwohl jede Form der Zusammenarbeit unweigerlich eine Einschränkung der Autonomie der betreffenden Behörden darstellt, darf der Abschluss eines Zusammenarbeitsabkommens gemäß Artikel 92*bis* des Sondergesetzes vom 8. August 1980 nicht einen Austausch, eine Abtretung oder eine Rückgabe von Zuständigkeiten zur Folge haben[3].

In der Vergangenheit hat die Gesetzgebungsabteilung bereits anerkannt, dass

> „la marge est étroite entre les formes de collaboration interdites, à savoir celles qui impliquent ‘un échange, un abandon ou une restitution de compétences telles qu’elles sont déterminées et attribuées par la Constitution ou en vertu de celle-ci’ et celles qui sont permises et qui tiennent, par exemple, en ‘l’exercice conjoint de compétences propres’“[4].

---

[2] *Parl. Dok.*, Senat, Sondersitzungsperiode,1988, Nr. 405/2, S. 47.

[3] Verfassungsgerichtshof, 3. März 1994, Nr. 17/1994, B.5.3; 8. Mai 2014, Nr. 73/2014, B.15.2; 3. Dezember 2015, Nr. 171/2015, B.12. Siehe auch Verfassungsgerichtshof, 23. Juni 2011, Nr. 112/2011, B.3.2, und die ständige Gutachtenpraxis des Staatsrates, unter anderem: das Gutachten Nr. 45.614/AG vom 13. Januar 2009 über einen Vorentwurf, der zum Dekret vom 11. Dezember 2009 ‚houdende instemming met het samenwerkingsakkoord tussen het Brusselse Hoofdstedelijke Gewest, het Vlaamse Gewest en het Waalse Gewest met betrekking tot de implementatie van de bedrijfstoeslagregeling‘ geworden ist, Bemerkung 2.2.2, *Parl. Dok.*, Fl. Parl., 2009, Nr. 109/1, http://www.raadvst-consetat.be/dbx/avis/45614.pdf; das Gutachten Nr. 52.324/AG/4 vom 14. Januar 2013 über einen Vorentwurf, der zum Dekret der Wallonischen Region vom 11. April 2014 ‚portant assentiment à l’accord de coopération conclu le 21 novembre 2013 entre la Région wallonne et la Communauté Française relatif aux articles 42 et 44 de la Convention internationale des droits de l’enfant‘ geworden ist, Bemerkung 3, *Parl. Dok.*, Wall. Parl., 2013-2014, Nr. 1024/1, http://www.raadvst-consetat.be/dbx/avis/52324.pdf; das Gutachten Nr. 61.302/VR vom 18. Mai 2017 über einen Vorentwurf, der zum Dekret vom 1. Dezember 2017 ‚houdende instemming met het Samenwerkingsakkoord van 17 juli 2017 tussen het Vlaamse Gewest, het Waalse Gewest, het Brusselse Hoofdstedelijke Gewest en de Duitstalige Gemeenschap met betrekking tot de erkende plaatselijke geloofsgemeenschappen van de erkende erediensten, waarvan het grondgebied meer dan één deelstaat bestrijkt‘ geworden ist, Bemerkung 4.1, *Parl. Dok.*, Fl. Parl., 2017-2018, Nr. 1303/1, http://www.raadvst-consetat.be/dbx/avis/61302.pdf; das Gutachten Nr. 63.949/VR/V vom 31. Juli 2018 über einen Vorentwurf einer Ordonnanz ‚portant assentiment de l’Accord de coopération du 20 novembre 2017 entre les autorités fédérales, régionales et communautaires pour la coordination du traitement de données dans les domaines de la politique de santé et de l’aide aux personnes‘, Bemerkung 4.4.; das Gutachten Nr. 64.139/VR vom 17. Oktober 2018 über einen Vorentwurf, der zum Dekret vom 24. Januar 2019 ‚portant assentiment à l’accord de coopération entre la Communauté française et la Communauté flamande relatif à l’utilisation de fréquences numériques pour le DAB+ sur le territoire de l’autre partie‘ geworden ist, *Parl. Dok.*, Parl. Fr. Gem., 2018-2019, Nr. 732/1, S. 23 bis 33, http://www.raadvst-consetat.be/dbx/avis/64139.pdf.

[4] Gutachten Nr. 30.037/2 vom 24. Mai 2000 über einen Vorentwurf, der zum Dekret der Französischen Gemeinschaft vom 20. Juli 2000 ‚portant assentiment de l’accord de coopération entre la Communauté française et la Région wallonne portant sur le financement de la coopération dans le cadre de politiques croisées, sur les

‡LW-CHDTPADCA-GFCFBSQ‡

Die Gesetzgebungsabteilung hat noch hinzugefügt, dass

> „la réponse à la question de savoir s'il y a ou non lieu de conclure, dans un cas d'espèce donné, à l'existence d'un échange, d'un abandon ou d'une restitution de compétence, est fonction de l'examen concret de l'ensemble des circonstances du cas d'espèce ainsi que des diverses dispositions de l'accord de coopération fixant les modalités concrètes de la coopération entre les différentes parties à cet accord"[5].

Kapitel 2 des Zusammenarbeitsabkommens zielt darauf ab, die anwendbare Gesetzgebung zu bestimmen, wenn Handlungen und Arbeiten an einem unbeweglichen Gut stattfinden, das sich über mindestens eine Gemeinde des französischen Sprachgebiets und mindestens eine Gemeinde des deutschen Sprachgebiets erstreckt.

Die Parteien des Zusammenarbeitsabkommens müssen zwischen der (zukünftigen) deutschsprachigen Gesetzgebung und der wallonischen Gesetzgebung eine einzige anwendbare Gesetzgebung wählen, aufgrund derer eine Städtebaugenehmigung für diese Handlungen und Arbeiten gegebenenfalls wird erteilt werden können. Ziel ist es, wie aus der Begründung hervorgeht, zu vermeiden „dass zwei Genehmigungen - eine wallonische und eine deutschsprachige - erforderlich [sind], um das Projekt zu verwirklichen, mit dem Risiko der Widersprüchlichkeit unter den beiden".

In dieser Hinsicht haben die Parteien des Zusammenarbeitsabkommens dafür gewählt, dem „Prinzip der Exklusivität" der anwendbaren Gesetzgebung zu folgen, d.h., dass da nur eine anwendbare Gesetzgebung gemäß dem Zusammenarbeitsabkommen festgelegt worden ist, nur diese Gesetzgebung auf das betreffende Projekt Anwendung findet.

Diese Möglichkeiten werden in Artikel 4 des Zusammenarbeitsabkommens formalisiert, der aufgrund des Kriteriums der Grundfläche der Handlungen und Arbeiten einen Unterschied macht, und zwar zwischen dem Fall, in dem diese Grundfläche sich ausschließlich auf dem Gebiet einer der Parteien des Zusammenarbeitsabkommens befindet und dem Fall, in dem sie sich gleichzeitig auf dem Gebiet der beiden Parteien befindet, wobei in diesem letzten Fall die Gesetzgebung der Partei, auf deren Gebiet mehr als 50 % der Grundfläche der Handlungen und Arbeiten liegen, anwendbar ist.

Somit kann die deutschsprachige Gesetzgebung in Sachen Raumordnung durch die Anwendung von Artikel 4 des Zusammenarbeitsabkommens auf das französische Sprachgebiet Anwendung finden, wenn die Handlungen und Arbeiten eines städtebaulichen Projekts sich ausschließlich oder mehr als 50 % auf dem deutschen Sprachgebiet befinden, während diese Handlungen und Arbeiten ein unbewegliches Gut betreffen, das sich auch in mindestens einer Gemeinde des französischen Sprachgebiets befindet. Im selben Sinne wird nur die deutschsprachige Gesetzgebung auf dieses städtebauliche Projekt anwendbar sein, da die Wallonische Region aufgrund des Zusammenarbeitsabkommens auf die Anwendung ihrer eigenen Gesetzgebung auf ihrem Gebiet verzichtet, d.h. der verschiedenen normalerweise auf

---

Fonds structurels européens et sur le développement des entreprises culturelles' geworden ist, Bemerkung 2, *Parl. Dok.*, Parl. Fr. Gem., 1999-2000, Nr. 95/1, http://www.raadvst-consetat.be/dbx/avis/30037.pdf.

[5] Gutachten Nr. 52.324/AG/4, Bemerkung 4.

‡LW-CHDTPADCA-GFCFBSQ‡

ihrem Gebiet anwendbaren Pläne, Programme und Verordnungen. Dieselben Regeln und dieselben Kriterien können selbstverständlich zu der entgegengesetzten Lösung führen und mit sich bringen, dass nur die wallonische Gesetzgebung Anwendung findet.

Über die Anwendbarkeit von Artikel 4 des Zusammenarbeitsabkommens und über die Begründung dieser gegenseitigen „Abtretung von Befugnissen“ der Parteien des Zusammenarbeitsabkommens befragt, erklärten der wallonische und der deutschsprachige Beauftragte (nachstehend: die Beauftragten) auf koordinierter Weise:

> „Conscient de la légisprudence du Conseil d’État selon laquelle la conclusion d’un accord de coopération ne peut ‘entrainer un échange, un abandon ou une restitution de compétences’, il convient de garder à l’esprit d’une part la marginalité des cas concernés et d’autre part l’objectif de la mesure.
>
> Il est tout d’abord à préciser que si ‘abandon de compétence’ il y a […], celui-ci ne serait que marginal en ce sens (i) qu’il ne s’agit que d’une partie restreinte du territoire qui est concernée, dans la mesure où il s’agit de projets ‘à cheval’ sur le territoire des deux régions linguistiques (cas qui ne seront – gageons-le – certainement pas la règle) et (ii) qu’il ne s’agit, par définition, que d’une partie inférieure à 50 % de l’emprise au sol d’actes et travaux soumis à permis.
>
> Ensuite, il s’agit bien d’une mesure de simplification administrative, mais pas seulement. Le dispositif vise notamment et surtout à empêcher l’émergence d’un système de ‘double permis’ avec les risques de contradiction conséquents (ce qui est, par exemple et en l’absence d’un accord de coopération, actuellement le cas pour les projets situés à cheval entre la région de langue française et celle de langue néerlandaise), néfaste en termes de sécurité juridique, de prévisibilité et d’accessibilité du droit. Mise en balance, la limitation de l’autonomie des entités – qui reste, au demeurant, équilibrée car applicable dans les ‘deux directions’ – ne parait pas excessivement disproportionnée par rapport à l’objectif poursuivi.
>
> On peut ajouter que le mécanisme prévoit :
>
> – la consultation obligatoire des Gouvernements/fonctionnaires désignés de l’autre région linguistique et des communes impactées, dont d’office celles où se localise une partie des actes et travaux (art. 5, § 1er) ;
>
> – un droit de recours administratif interne pour la ou les communes dans l’autre région linguistique sur le territoire de laquelle/desquels les actes et travaux sont en partie localisés (article 5, § 2).
>
> Les projets conformes à une zone donnée ne sont pas automatiquement autorisés. Leur conformité avec le bon aménagement des lieux doit faire l’objet d’une analyse et d’une justification. Les Gouvernements/fonctionnaires désignés de l’autre région linguistique, ainsi que les communes concernées pourront faire valoir leurs oppositions, notamment en se basant sur les raisons qui ont mené à l’affectation de la zone concernée.
>
> Les principes de l’indépendance et du cumul des polices administratives s’appliquent également. Dans l’hypothèse où des interdictions ou impositions relevant d’autres polices s’appliquent à la zone concernée (Natura 2000, protection des espèces, …), la mise en œuvre du projet ne peut se faire que dans le respect de celles-ci […].

‡LW-CHDTPADCA-GFCFBSQ‡

> [Par ailleurs] ce n'est pas parce qu'un projet est conforme à la zone industrielle du côté wallon, qu'il sera automatiquement autorisé [si c'est la législation wallonne qui est applicable]. Le projet fera l'objet d'une instruction sur la base notamment des avis mentionnés ci-dessus. La décision de l'autorité wallonne d'autoriser le projet malgré les éventuelles oppositions des instances germanophones, basées sur des considérations ayant mené à l'affectation de la zone en « zone verte », devra être motivée et pourrait faire l'objet d'un contrôle par des instances de recours (recours interne/Conseil d'État).
>
> […] pour l'exemple retenu, le chapitre III a précisément pour objectif de bien analyser sur chaque territoire les effets futurs des modifications du zonage qui pourraient avoir un impact pour les particuliers amenés à développer des projets à 'cheval' sur deux territoires".

Nichtsdestoweniger führt das entworfene Zusammenarbeitsabkommen dazu, dass eine nicht von dessen Parteien bestrittene Abtretung von Befugnissen vorgesehen wird, die sich auf städtebauliche Projekte „auf der Grenze" des deutschen und französischen Sprachgebiets beschränkt.

Insofern diese Abtretung von Befugnissen in Artikel 4 des Zusammenarbeitsabkommens verankert wird, überschreitet dieser die durch Artikel 92*bis* des Sondergesetzes vom 8. August 1980 festgelegten Grenzen.

Es kommt dem deutschsprachigen und dem wallonischen Gesetzgeber zu, aufgrund von Artikel 139 der Verfassung in den Übertragungsdekreten[6] die Befugnisse der Wallonischen Region präzise festzulegen, die tatsächlich durch die Deutschsprachige Gemeinschaft in Sachen Raumordnung ausgeübt werden.

2. Über die Vereinbarkeit des Mechanismus zur Bestimmung der anwendbaren Gesetzgebung mit den Artikeln 10 und 11 der Verfassung

Im Allgemeinen wird die Übertragung der Zuständigkeiten in Sachen Städtebau und Raumordnung an die Deutschsprachige Gemeinschaft zur Folge haben, dass sie mit der Zeit ihre eigenen Rechtsvorschriften bzw. ihre eigene Gesetzgebung diesbezüglich entwickeln wird. So wird sie unter anderem die verschiedenen auf ihrem Gebiet gelegenen Parzellen in Gebiete aufteilen können, deren Zweckbestimmung sie selbst festlegen wird. Die Deutschsprachige Gemeinschaft wird somit verschiedene Instrumente wie Pläne, Programme oder Verordnungen aus Gründen des allgemeinen Interesses, die ihr eigen sind, verabschieden können. Sie wird zum Beispiel es für notwendig halten können, dass bestimmte Parzellen auf ihrem Gebiet spezifisch verwaltet werden und infolgedessen diese Parzellen für ein Gebiet bestimmen, die ihren Bedürfnissen entspricht. Wegen der Übertragung der Zuständigkeiten im Bereich der Raumordnung werden die plantechnischen Vorschriften und die Regelung über die Raumordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Wallonischen Region

[6] Siehe diesbezüglich die Dekretvorentwürfe der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft, über die die Gesetzgebungsabteilung am 4. März 2019 die Gutachten Nrn. 65.220/4 und 65.250/4 abgegeben hat.

‡LW-CHDTPADCA-GFCFBSQ‡

verschieden sein können, insofern das allgemeine Interesse und die eigenen Bedürfnisse jeder Gebietskörperschaft nicht dieselben sein werden.

Aus der in Artikel 4 des Zusammenarbeitsabkommens festgelegten Regel für die Bestimmung einer einzigen anwendbaren Gesetzgebung wenn Handlungen und Arbeiten sich gleichzeitig auf dem deutschen Sprachgebiet und auf dem französischen Sprachgebiet befinden, geht hervor, dass die Gesetzgebung, die Pläne, die Programme oder die Verordnungen einer der beiden Parteien des Zusammenarbeitsabkommens keine Anwendung finden. Mit anderen Worten ist dieselbe Gesetzgebung auf Parzellen anwendbar, die jedoch differenziert verwaltet werden müssen, wenn die Parzelle, auf der die Handlungen und Arbeiten verrichtet werden, sich in einem anderen Gebiet befindet, und zwar gemäß der wallonischen und der deutschsprachigen Gesetzgebung.

Um Elemente gebeten, die im Hinblick auf das in den Artikeln 10 und 11 der Verfassung festgelegte Gleichheitsprinzip rechtfertigen könnten, dass verschiedene Situationen, die eine andere Behandlung erfordern[7], gemäß der in Artikel 4 § 2 des Zusammenarbeitsabkommens vorgeschriebenen Regel in gleicher Weise behandelt werden, antworteten die Beauftragten Folgendes:

> „Avant tout, il semble important de clarifier que l'application de la législation wallonne ou germanophone à un projet donné, en fonction de la règle de répartition, n'implique pas assimilation de la zone concernée à celle de la législation définie. Exemple : l'application de la législation wallonne à un projet à cheval entre une zone industrielle wallonne et, pour une partie plus petite, une zone verte germanophone, implique que les dispositions germanophones de la zone verte ne s'appliquent pas, mais n'implique pas que toute la zone verte devient une zone industrielle au sens de la législation wallonne. La zone verte n'est donc pas traitée à l'identique de la zone industrielle.
>
> Ensuite, la mesure visée à l'article 4 de l'accord de coopération s'inscrit dans le cadre d'un transfert de compétences conformément à l'article 139 de la Constitution. Des traitements différenciés de situations en fonction de leur localisation au sein de l'une ou l'autre entité ou à cheval entre ces deux, sont la conséquence logique de ce transfert. Dans ce contexte et par l'entremise de cet accord de coopération, il a été cherché à tempérer les effets 'durs' que pourrait avoir le transfert de la compétence 'aménagement du territoire', notamment dans le cas des projets à cheval sur les deux régions linguistiques. Dû à leur caractère spécifique et exceptionnel, la nature de ces mesures est évidemment telle que celles-ci se distingueront des situations 'ordinaires' (à savoir les cas – majoritaires, sans nul doute – dans lesquels le projet ne se situe pas à cheval entre les régions linguistiques). Ceci implique bel et bien une différence de traitement. Celle-ci est toutefois objective et raisonnable, elle poursuit un but légitime (voy. *supra*) [8] et, comme il s'agit de cas marginaux, les effets de la mesure ne sont pas disproportionnés.

[7] Zum Beispiel eine Parzelle, die sich über das deutsche Sprachgebiet und das französische Sprachgebiet erstreckt, wobei sie gemäß der Regelung der deutschsprachigen Gemeinschaft in einer Grünzone bzw. gemäß der wallonischen Regelung in einem Wohngebiet liegt.

[8] Siehe diesbezüglich die Antwort der Beauftragten, die in der allgemeinen Bemerkung I unter dem Titel „Über die Benutzung des Zusammenarbeitsabkommens als Rechtsinstrument" übernommen wurde.

‡LW-CHDTPADCA-GFCFBSQ‡

> Enfin, selon une jurisprudence constante de la Cour constitutionnelle, les effets sur les situations des particuliers qui sont la conséquence même du fédéralisme belge ne peuvent être considérés comme étant ipso facto contraires au principe de non-discrimination (‘Une différence de traitement dans des matières où les communautés et les régions disposent de compétences propres est la conséquence possible de politiques distinctes permises par l’autonomie qui leur est accordée par la Constitution ou en vertu de celle-ci. Une telle différence ne peut en soi être jugée contraire aux articles 10 et 11 de la Constitution. Cette autonomie serait dépourvue de signification si le seul fait qu’il existe des différences de traitement entre les destinataires de règles s’appliquant à une même matière dans les diverses communautés et régions était jugé contraire aux articles 10 et 11 de la Constitution’)“.

Da dieser Mechanismus zur Bestimmung einer einzigen anwendbaren Gesetzgebung unmittelbar aus den Übertragungsdekreten folgen wird, ist diese Rechtfertigung anscheinend annehmbar.

II. Über die gemeinsamen Verfahren und die Verfahrensregeln in Sachen Genehmigungen

Die Anwendung des Zusammenarbeitsabkommens kann nicht aus anderen Gründen als denjenigen, die mit der Tatsache verbunden sind, dass die Gesetzgebung in Sachen Städtebau und Raumordnung im deutschen Sprachgebiet und im französischen Sprachgebiet verschieden sind, zu einem Behandlungsunterschied zwischen dem Antragsteller einer Globalgenehmigung für ein sich teilweise oder ganz über das deutsche Sprachgebiet erstreckende Projekt und dem Antragsteller einer Genehmigung für ein sich teilweise oder ganz über das französische Sprachgebiet erstreckende Projekt führen. Mit anderen Worten müssen die in Kapitel 4 Abschnitt 1 Unterabschnitt 2 des Zusammenarbeitsabkommens festgelegten Verfahrensregeln mit den in den Artikeln 81 und folgenden des Dekrets vom 11. März 1999 enthaltenen Regeln identisch sein, wobei jedoch Unterschiede zwischen den Verfahrensregeln dadurch gerechtfertigt werden können, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft für den städtebaulichen Aspekt der beantragten Globalgenehmigung zuständig ist.

Diesbezüglich haben die Beauftragten Folgendes erläutert:

> „Le Chapitre 4 section 1ère de l’accord de coopération reprend les dispositions relatives au permis d’environnement telles qu’elles ont été adaptées par le décret du 24 mai 2018 ‘transposant la directive 2014/52/UE du Parlement européen et du Conseil du 16 avril 2014 modifiant la directive 2011/92/UE concernant l’évaluation des incidences de certains projets publics et privés sur l’environnement et modifiant le décret du 11 mars 1999 relatif au permis d’environnement en ce qui concerne la dématérialisation et la simplification administrative et diverses dispositions’.
>
> Le décret du 24 mai 2018 a été publié au *Moniteur belge* le 06 juin 2018. Par ces articles 26 à 34, ce décret modifie notamment les articles 82, 84, 85, 86, 92, 93, 94, 94*bis* et 95 relatifs au permis unique. L’article 60 du [décret du] 24 mai 2018 précise cependant qu’il revient au ‘Gouvernement de fixer la date d’entrée en vigueur des articles 3 à 19, 21, 23 à 36, hormis le 3° de cet article 36 et 54 du présent décret’. Le Gouvernement wallon n’a pas encore fixé l’entrée en vigueur de ces dispositions.

‡LW-CHDTPADCA-GFCFBSQ‡

Il n'y a dès lors pas de volonté de la part des législateurs de prévoir des règles différentes entre le régime de permis unique prévu par l'accord de coopération et le régime de permis unique mis en place par le décret du 11 mars 1999".

Diese Erläuterungen bestätigen die Unwilligkeit, andere Verfahrensregeln vorzusehen. Die Parteien des Zusammenarbeitsabkommens werden jedoch darauf hingewiesen, dass falls die Wallonische Regierung darauf besteht, das Inkrafttreten der Artikel 26 bis 36 des Dekrets vom 24. Mai 2018 nicht spätestens am 1. Januar 2020 festzulegen, die im Zusammenarbeitsabkommen vorgesehenen gemeinsamen Verfahrensregeln über die Globalgenehmigung sich *de facto* von den im Dekret vom 11. März 1999 festgelegten Regeln unterscheiden werden. In diesem Fall müssen die Parteien des Zusammenarbeitsabkommens in der Lage sein, diese Unterschiede hinsichtlich des Gleichheitsprinzips zu rechtfertigen[9].

III. Über das Verhältnis zwischen dem Zusammenarbeitsabkommen und anderen Entwürfen wallonischer Dekrettexte

Wie in der vorhergehenden Bemerkung 2 über die in diesem Abkommen erwähnten gemeinsamen Verfahren über die Globalgenehmigungen und die integrierten Genehmigungen hervorgehoben wurde, übernehmen die Bestimmungen des Zusammenarbeitsabkommens *mutatis mutandis* die Verfahrensvorschriften, die einerseits in den Artikeln 81 und folgenden des Dekrets vom 11. März 1999 und andererseits in den Artikeln 83 und folgenden des Dekrets vom 5. Februar 2015 enthalten sind. Aus dieser Vorgehensweise ergibt sich der Wille der Parteien des Zusammenarbeitsabkommens, in diesem Abkommen nur das zu übernehmen, was gemeinsam von der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu regeln ist. Der Begründung zufolge haben die Parteien im Übrigen für die Beibehaltung ihrer eigenen Autonomie in den zu ihrem Zuständigkeitsbereich gehörenden Angelegenheiten gesorgt und haben sie sich somit darauf beschränkt, auf die „anwendbaren Gesetzgebungen" zu verweisen, wobei es jeder Partei frei steht, gegebenenfalls die unter ihre Zuständigkeit fallende Gesetzgebung weiterzuentwickeln.

[9] So kann auf folgende Unterschiede zwischen den gemeinsamen Verfahrensregeln über die Globalgenehmigung im Zusammenarbeitsabkommen und im Dekret vom 11. März 1999 hingewiesen werden, solange die durch das Dekret vom 24. Mai 2018 vorgenommenen Änderungen nicht in Kraft getreten sind:
– die Notwendigkeit, den Beleg für die Zahlung der Bearbeitungsgebühr beizubringen, weicht von den Vorschriften von Artikel 82 des Dekrets vom 11. März 1999 ab;
– die Artikel 18 Absatz 2 Nr. 4 und 19 § 3 Absatz 3 enthalten einen nicht in der wallonischen Gesetzgebung vorgesehenen Unzulässigkeitsgrund;
– Artikel 19 § 1 Absatz 1 und § 3 Absatz 1: Frist von dreißig Tagen vorgesehen, während die wallonische Gesetzgebung eine Frist von zwanzig Tagen vorsieht;
– in Artikel 19 § 2 Absatz 1 wird eine Frist von hundertachtzig Tagen vorgesehen, was nicht genau mit der im Dekret vom 11. März 1999 anberaumten sechsmonatigen Frist übereinstimmt;
– Artikel 26 enthält keine Artikel 93 § 4 des Dekrets vom 11. März 1999 entsprechende Bestimmung;
– Artikel 28 Absatz 2 besteht nicht in der wallonischen Gesetzgebung;
– Artikel 29 § 1 enthält keine Artikel 95 § 1 Absatz 2 des Dekrets vom 11. März 1999 entsprechende Bestimmung;
– Artikel 29 enthält keine Bestimmung, die Artikel 95 § 7 Absatz 5 des Dekrets vom 11. März 1999 gleichwertig ist;
– es wird im Rahmen des Einspruchsverfahrens kein zusammenfassender Bericht vorgesehen (der Artikel 95 § 3 des Dekrets vom 11. März 1999 entspricht).

‡LW-CHDTPADCA-GFCFBSQ‡

In dieser Hinsicht ist unbestreitbar, dass die Wallonische Region gemäß Artikel 6 § 1 II des Sondergesetzes vom 8. August 1980 in Sachen administrativer Umweltpolizei zuständig bleibt. Die in Sachen Erteilung der Umweltgenehmigungen anwendbare wallonische Gesetzgebung, an die das Zusammenarbeitsabkommen sich stark anlehnt, ist das Dekret vom 11. März 1999.

Die Parteien des Zusammenarbeitsabkommens werden jedoch darauf aufmerksam gemacht, dass der Gesetzgebungsabteilung kurz vor der Befassung mit dem Begutachtungsantrag über den vorliegenden Dekretvorentwurf Begutachtungsanträge über Dekretvorentwürfe mit grundsätzlichen Änderungen des wallonischen Umweltrechts, die auf eine wesentliche Entwicklung in dieser Angelegenheit hindeuten, vorgelegt worden sind.

Dies gilt besonders für den Vorentwurf eines Dekrets der Wallonischen Region ‚relatif au Livre IX du Code de l'Environnement concernant le Code du permis d'environnement et modifiant le décret du 1er mars 2018 relatif à la gestion et à l'assainissement des sols, le décret du 24 mai 2018 transposant la directive 2014/52/UE du Parlement européen et du Conseil du 16 avril 2014 modifiant la directive 2011/92/UE concernant l'évaluation des incidences de certains projets publics et privés sur l'environnement et modifiant le décret du 11 mars 1999 relatif au permis d'environnement en ce qui concerne la dématérialisation et le simplification administrative et diverses dispositions, le Livre Ier du Code de l'Environnement et le CoDT'[10].

Diese Änderungen sind bei weitem keine rein formalen Änderungen. So ist dieser Dekretvorentwurf, der sich als Buch IX des Umweltgesetzbuches über das Gesetzbuch der Umweltgenehmigung präsentiert, keine Kodifizierung „nach ständigem Recht"; er nimmt nämlich zahlreiche und manchmal grundsätzliche Änderungen in der durch das geltende Dekret vom 11. März 1999 festgelegten Regelung vor.

Eine solche parallel laufende Entwicklung des wallonischen Umweltrechts erhebt die Frage ihrer Auswirkungen auf das untersuchte Zusammenarbeitsabkommen und auf die möglichen künftigen Inkohärenzen zwischen einerseits dem sich auf das zurzeit geltende Dekret vom 11. März 1999 stützenden Zusammenarbeitsabkommen und andererseits dem wallonischen Recht, in seiner künftig geltenden Fassung, falls die o.a. wichtigen Änderungen in dem wallonischen Umweltrecht vorgenommen werden.

Da diese Fragen mit der künftigen Anwendung der entworfenen Rechtsvorschriften verbunden sind, ist die Gesetzgebungsabteilung zurzeit nicht in der Lage, eine Antwort darauf zu bieten. Da aber die in den wallonischen und deutschsprachigen Dekretvorentwürfen ‚über die Ausübung der Zuständigkeiten der Wallonischen Region im Bereich der Raumordnung und gewisser verbundener Bereiche durch die Deutschsprachige

[10] Über diesen Dekretvorentwurf wurde am 6. Februar 2019 das Gutachten Nr. 64.928/4 abgegeben. Siehe auch den Vorentwurf eines Dekretes der Wallonischen Region ‚instituant le Code de la gestion des ressources du sous-sol', der ebenfalls von dem Dekret vom 11. März 1999 abweicht bzw. dieses Dekret ändert, und über den die Gesetzgebungsabteilung am 30. Januar 2019 das Gutachten Nr. 64.927/4 abgegeben hat.

‡LW-CHDTPADCA-GFCFBSQ‡

Gemeinschaft‘ erwogene Ausübung der Zuständigkeit in Sachen Raumordnung durch die Deutschsprachige Gemeinschaft zur Folge hat, dass eine neue Gebietskörperschaft auftaucht, um diesbezüglich gesetzgeberisch aufzutreten und somit, dass die doppelte Wechselwirkung Umweltrecht/Raumordnungsrecht und wallonische Zuständigkeit/deutschsprachige Zuständigkeit geregelt werden muss, äußert die Gesetzgebungsabteilung Vorbehalte über die in der Begründung stehende Behauptung, dass das durch das Zusammenarbeitsabkommen vorgesehene „Neutralisierungssystem“ „der Wallonischen Region – die die Zuständigkeit für den Bereich Umwelt und Handelsniederlassungen behält – [erlaubt] die eigene Gesetzgebung weiterzuentwickeln, ohne mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Verhandlungen eintreten zu müssen“.

IV. Einholung von Stellungnahmen

1. Artikel 5 und Kapitel 3 des Zusammenarbeitsabkommens, dessen Billigung der Dekretvorentwurf beabsichtigt, beziehen sich auf die verschiedenen Stellungnahmen, die die zuständigen Behörden entweder über die Erteilung von städtebaulichen Genehmigungen oder Bescheinigungen oder im Bereich der Verabschiedung, der Überarbeitung oder der Aufhebung von Plänen, Programmen, Regelungen oder weiteren ähnlichen Instrumenten einholen müssen.

In diesen Bestimmungen wird zwar die Einholung der Stellungnahmen von verschiedenen Dienststellen bzw. Instanzen, je nach dem behandelten Fall, auferlegt, aber es wird nirgendwo im Zusammenarbeitsabkommen erwähnt, in welcher Form die betreffende Behörde die Resultate der eingeholten Stellungnahme vorlegen muss (Gutachten, Vorschlag).

Das Zusammenarbeitsabkommen soll in diesem Punkt verdeutlicht werden.

2. Beim Lesen der Bestimmungen von Kapitel 3 ergibt sich, dass die Stellungnahmen von verschiedenen wallonischen Instanzen eingeholt werden müssen, unter denen insbesondere verschiedene Generaldirektionen des Öffentlichen Dienstes der Wallonie, je nach dem betrachteten Fall. Über die Frage, ob eine Übergangsbestimmung vorgesehen wird, der zufolge die Stellungnahme dieser Instanzen nicht mehr eingeholt werden muss, wenn die Deutschsprachige Gemeinschaft sich Dienststellen oder Instanzen gegeben hat, deren Stellungnahme für diese verschiedenen Fälle eingeholt werden kann, so dass die „Kompetenz“ nicht mehr ausschließlich eine wallonische Sache ist, und ob dies genau der Zweck der unter (1) nach den Tabellen in den Artikeln 8 und 12 des Zusammenarbeitsabkommens formulierten Bestimmung ist, haben die Beauftragten auf koordinierte Weise Folgendes erklärt:

> „Les instances wallonnes dont question sont ‘spécialisées’ dans des matières qui sont, certes, en lien avec l’aménagement du territoire, mais font partie du point de vue juridique et technique d’autres compétences régionales (protection de l’environnement, eau, établissements SEVESO, …). Comme ces dernières compétences ne font pas partie du périmètre de transfert, il n’est pas dans l’intention de la Communauté germanophone d’ériger des instances spécialisées parallèles dans les domaines mentionnés.

‡LW-CHDTPADCA-GFCFBSQ‡

La note (1) vise uniquement les cas où – au sein de l'administration wallonne – il y aurait un glissement de compétences vers d'autres services, directions ou départements. Si par exemple un tel dossier n'est, dans les faits, plus traité par la DGO3 mais par la DGO4, il ne faudra pas à chaque fois modifier l'accord de coopération.

La fin des effets des dispositions transitoires (chapitre 9) n'est pas liée à l'existence d'une expertise, de services ou d'instances en Communauté germanophone".

Es wäre angemessen, diese Erläuterungen in die Begründung aufzunehmen.

BESONDERE BEMERKUNGEN

Artikel 5

1. In Paragraph 1 wird die Einholung der Stellungnahme der „unmittelbar in bedeutendem Maße vom Projekt betroffenen Gemeinden" auferlegt. Zu den möglichen Kriterien befragt, aufgrund deren die mit der Untersuchung des Antrags auf Städtebaugenehmigung beauftragte Behörde betrachten wird, dass eine Gemeinde unmittelbar in bedeutendem Maße betroffen ist oder nicht, erklärten die Beauftragten Folgendes:

„En ce qu'il est fait usage, dans cette disposition, de la notion 'd'impact direct et non négligeable', il s'agit en réalité d'emprunter un concept connu en droit de l'environnement et auquel le CoDT ainsi que d'autres législations renvoient. Il conviendra d'évaluer l'impact *in concreto* de chaque projet pour désigner les communes concernées. Dans une grande majorité des cas, la ou les communes immédiatement limitrophes tomberont certainement dans cette catégorie. Il n'est toutefois pas à exclure que le périmètre puisse être étendu à d'autres communes si jamais le projet possède un impact supra-local (notamment en termes de mobilité ou d'impact environnemental) ; d'autre part, il n'est pas impensable qu'un projet n'ait – par exemple en raison de sa portée plus modeste et/ou de sa localisation précise (p. ex. exclusivement le long de la frontière allemande) – aucun impact sur les communes wallonnes avoisinantes et ne doive ainsi pas faire l'objet d'une consultation spécifique. C'est notamment pour cette raison que les communes limitrophes ne sont pas expressément et nominativement identifiées (cfr. remarque de l'UVCW)".

Man präzisiere wenigstens in der Begründung, dass die Bestimmung der Gemeinden, die als unmittelbar in bedeutendem Maße vom Projekt betroffen betrachtet sind, zum Kompetenzbereich der mit der Untersuchung des Genehmigungsantrags beauftragten Behörde gehört.

2. In der Tabelle in Artikel 5 § 1 Absatz 1 Nr. 3 unter dem Titel „4. Sicherheit Brandschutznormen" werden die Kinderkrippen oder die Gebäuden zur Betreuung von Kindern im Vorschulalter nicht erwähnt. In diesem Punkt haben die Beauftragten Folgendes deutlich gemacht:

« Dans un souci de conformité au droit en vigueur et donc de cohérence normative, le tableau reprend exactement les mentions qui figurent actuellement à l'article R.IV.35-1 du CoDT ; celui-ci ne prévoit, actuellement, pas le cas des crèches.

‡LW-CHDTPADCA-GFCFBSQ‡

Il convient toutefois de renvoyer à l'article 7, alinéa 2, du décret de la Communauté germanophone du 31 mars 2014 relatif à l'accueil d'enfants qui prévoit que l'accueil d'enfants (dans le cadre d'une crèche ou autre infrastructure) ne peut avoir lieu que lorsqu'il existe un avis positif des services d'incendie. La sécurité incendie de ces localités est donc assurée par ce biais ».

Der Kommentar zu dem Artikel soll nützlich in diesem Punkt ergänzt werden.

Artikel 8

In Paragraph 2 ersetze man die Wörter „gemeinschaftlichen Instrumenten" durch die Wörter „Instrumenten, die gemäß der in der Deutschsprachigen Gemeinschaft anwendbaren Gesetzgebung verabschiedet werden," da es sich den Beauftragten zufolge um die Instrumente handelt, deren erlassendes Organ (oder für die die zuständige Behörde) die Deutschsprachige Gemeinschaft ist, nämlich die in Artikel 7 erwähnten Instrumente.

Artikel 9

Es ist genauer zu bestimmen, dass die in Artikel 9 des Zusammenarbeitsabkommens vorgesehenen Stellungnahmen nur eingeholt werden müssen, wenn entweder die Deutschsprachige Gemeinschaft oder eine bzw. mehrere Gemeinden im deutschen Sprachgebiet von dem zu verabschiedenden, zu überarbeitenden oder aufzuhebenden Instrument in bedeutendem Maße betroffen werden kann.

Artikel 15

Da gemäß den Artikeln 2 Nrn. 2 und 6, und 14 des Zusammenarbeitsabkommens nur auf die Projekte, für die eine „deutschsprachige" Städtebaugenehmigung erforderlich ist, als gemischte Projekte im Sinne des Zusammenarbeitsabkommens hingewiesen wird, wurde den Beauftragten die Frage gestellt, ob Artikel 15 Absatz 3 aufrechterhalten werden muss, insofern sogar ohne diese Bestimmung aufgrund Artikel 4 bereits feststeht, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft für den städtebaulichen Teil des Projekts zuständig ist und dass der Antrag auf eine Globalgenehmigung demzufolge bei einer im deutschen Sprachgebiet gelegenen Gemeinde eingereicht werden muss. Die Beauftragten haben die folgende Antwort gegeben, die nützlich in die Begründung aufgenommen werden kann:

„Le dispositif vise à être explicite pour le demandeur quant aux communes qui peuvent être choisies pour l'introduction de sa demande.

Sorti de son contexte, la règle visée à l'article 15, alinéa 2 [lire 3], pourrait induire le lecteur non averti en erreur. Il pourrait penser que, dans les cas où le projet est localisé sur le territoire de plusieurs communes puisque localisé 'à cheval' entre une commune de la région linguistique germanophone et une commune de la région linguistique francophone, il aurait le choix de la commune et, par-là, le choix de la législation applicable. Tel n'est pas l'objectif.

‡LW-CHDTPADCA-GFCFBSQ‡

Le choix pour le titulaire entre plusieurs communes ne concerne en réalité que les projets pour lesquels la législation applicable est celle de la Communauté germanophone (sinon, l'accord de coopération ne trouverait pas à s'appliquer […]) et qui sont localisés, exclusivement ou pour plus de 50 % du projet, sur le territoire de plusieurs communes germanophones en même temps. Il est possible, du moins en théorie, que ces projets se localisent aussi pour une partie inférieure à 50 % sur le territoire d'une commune francophone. Mais le choix du titulaire est alors limité à une des communes germanophones.

L'objectif est d'éviter d'une part, qu'une demande de permis soit déposée dans une commune francophone alors que la législation applicable est celle de la communauté germanophone et, d'autre part, que la définition de la législation applicable en fonction de la règle de l'emprise au sol (50 %, cf. art. 4) puisse être contournée par le 'choix' de la commune par le titulaire sur la base de l'article 15, al. 2 [lire 3].

Il faut donc, selon nous, clairement indiquer que la présente disposition de l'article 15, al. 2 [lire 3], ne déroge aucunement à la règle de définition de la législation applicable (article 4) et que le choix éventuel est limité aux communes situées en région de langue allemande, et cela même si une partie du projet (forcément inférieur à 50 %, sinon, la législation germanophone ne serait pas applicable) est en réalité localisé sur le territoire d'une commune de région linguistique francophone.

Bien que cette disposition puisse paraitre surabondante, elle permet de clarifier la chose et garde donc une utilité".

Diese Erläuterungen können übrigens auf die integrierten Genehmigungen übertragen werden, um die Aufrechterhaltung von Artikel 34 § 1 Absatz 4 des Zusammenarbeitsabkommens zu rechtfertigen.

Artikel 20

In Absatz 3 sind im französischen Text die Wörter „ils ou" auszulassen, so dass diese Bestimmung wie Artikel 87 Absatz 3 des Dekrets vom 11. März 1999 abgefasst wird.

Artikel 25

Damit der Inhalt von Artikel 25 § 1 des Zusammenarbeitsabkommens mit dem von Artikel 92 § 1 des Dekrets vom 11. März 1999[11] übereinstimmt, ist dieser Artikel um eine Bestimmung zu ergänzen, der zufolge die Stellungnahme der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder des von ihr bestimmten Beamten für die in Artikel 14 § 2 Absatz 6 erwähnten Anträge auf eine Globalgenehmigung, die zum ausschließlichen Kompetenzbereich der Wallonischen Regierung und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft gehören, keine gleichlautende Stellungnahme ist.

[11] Dessen letzter Satz wie folgt lautet: „Ist die zuständige Behörde die Regierung aufgrund von Artikel 81 § 2 Absatz 6, so ist diese Stellungnahme keine gleich lautende Stellungnahme".

‡LW-CHDTPADCA-GFCFBSQ‡

Artikel 26

Über die Frage, ob die Tatsache, dass die untersuchte Bestimmung keine Artikel 93 § 4 des Dekrets vom 11. März 1999 ähnliche Bestimmung enthält, bedeutet, dass kein Verzeichnis über die aufgrund des im Zusammenarbeitsabkommen beschriebenen Verfahrens erteilten Globalgenehmigungen geführt wird, haben die Beauftragten Folgendes präzisiert:

> „L'article 93, § 4, du décret du 11 mars 1999 n'établit aucune nouvelle règle de droit mais ne fait que confirmer l'obligation de tenir un registre des permis conformément à l'article 36 du même décret. Dans la mesure où cette obligation est formulée de manière générale et englobe, à notre sens, de toute façon les permis d'environnement (simples) et les permis uniques (qui valent aussi permis d'environnement et qui sont donc automatiquement visés), elle restera a fortiori d'application pour les permis uniques 'wallon-germanophone' délivrés en application de l'accord de coopération. L'article 32 le précise d'ailleurs : 'Les permis uniques au sens de la présente section sont, pour les aspects relevant de la compétence de l'environnement qui ne sont pas réglés par le présent accord de coopération, soumis à la législation applicable en Région wallonne en matière de permis d'environnement'. L'article 36 du décret du 11 mars 1999 en fait partie. Le fonctionnaire technique et les communes continueront donc à tenir ledit registre.
>
> L'article pourrait être complété par un § 4 formulé comme suit :
>
> 'La décision prise en vertu de la présente sous-section fera l'objet d'une inscription dans le registre des permis tenu sur la base de la législation applicable relative aux permis d'environnement en Région wallonne'".

Damit der Text hinsichtlich der Verpflichtung, dieses Verzeichnis zu führen, deutlicher wird, ist Artikel 26 des Zusammenarbeitsabkommens um einen Paragraphen 4 zu ergänzen, der auf die oben vorgeschlagene Weise abgefasst wird.

Artikel 29

1. Die Beauftragten sind damit einverstanden, dass in Paragraph 1 eine Artikel 95 § 1 Absatz 2 des Dekrets vom 11. März 1999[12] gleichwertige Bestimmung hinzuzufügen ist, laut der das Fehlen eines Beschlusses seitens der Behörden bezüglich der Erteilung oder Ablehnung einer Globalgenehmigung dazu führt, dass es für die Behörden unmöglich ist, Einspruch zu erheben.

2. Die Beauftragten sind damit einverstanden, dass eine Artikel 27 Absatz 5 des Zusammenarbeitsabkommens gleichwertige Bestimmung in Artikel 29 einzuführen ist, wenn der Antrag ein individuelles Klärsystem betrifft[13].

[12] Diese Bestimmung wird im Dekretvorentwurf der Wallonischen Region, über den das Gutachten Nr. 64.928/4 der Gesetzgebungsabteilung abgegeben wurde, Artikel D.II.120 Absatz 2 des neuen entworfenen Buches des Umweltgesetzbuches.

[13] Diese Bestimmung ist übrigens dem Artikel 95 § 7 Absatz 5 des Dekrets vom 11. März 1999 gleichwertig.

‡LW-CHDTPADCA-GFCFBSQ‡

Artikel 31

Die Parteien des Zusammenarbeitsabkommens, dem die Dekretvorentwürfe zustimmen möchten, werden die irrtümlichen Hinweise in Artikel 31 berichtigen; so muss auf Folgendes verwiesen werden:

- in Paragraph 1 Absatz 4 schreibe man „(...) kann dieser Bericht die in den Artikeln 26 §1 Absatz 3, (...) erwähnten Auswirkungen nicht bewirken (...)“ und korrigiere man den Hinweis auf Artikel 29 § 8, da diese Bestimmung nicht besteht;

- in Paragraph 1 Absatz 5 korrigiere man den Hinweis auf Artikel 29 §§ 3 und 7, da keine Frist in diesen Bestimmungen erwähnt wird. Wenn die Parteien des Zusammenarbeitsabkommens dies tatsächlich beabsichtigen, wäre es besser, Artikel 29 § 5 ausdrücklich zu erwähnen.

- in Paragraph 1 Absatz 6 wird auf die „in Artikel 29 § 3 vorgesehenen Modalitäten“ nicht gültig hingewiesen, da diese Bestimmung keine besondere Modalität enthält.

Artikel 46

In Paragraph 1 Absatz 2 wird der Hinweis auf „Artikel 45 § 3“ jeweils durch „Artikel 45 § 2“ ersetzt.

Diese Bemerkung gilt auch für Artikel 47 § 1 Absatz 1.

Artikel 55 und 56

In der Begründung sollten die Erläuterungen der Beauftragten aufgenommen werden, mit denen gerechtfertigt wird, warum die Einspruchsbehörde für die gemäß dem Zusammenarbeitsabkommen erteilten Globalgenehmigungen der gemischte Berufungsausschuss ist, der aus verschiedenen wallonischen und deutschsprachigen Ministern zusammengesetzt ist, während die Einspruchsbehörde für die gemäß der wallonischen Gesetzgebung erteilten Globalgenehmigungen die Wallonische Regierung ist:

> „L’article 95 du décret du 11 mars 1999 prévoit, en effet, que les recours à l’encontre des permis uniques sont portés devant le Gouvernement wallon. Pour les permis uniques ‘wallon-wallon’, cette solution est évidemment possible dans la mesure où la Région wallonne est tant compétente pour l’aspect droit de l’environnement que pour l’aspect droit de l’aménagement du territoire et de l’urbanisme. Après le transfert de compétence via l’article 139 de la Constitution, il ne sera – sur le territoire de la région de langue allemande – par contre plus possible de prévoir que le Gouvernement wallon puisse statuer sur les recours contre les permis uniques ‘wallon-germanophone’, à lui tout seul et donc à l’exclusion de toute instance germanophone. Il est donc nécessaire de trouver un mécanisme de recours interne alternatif. La différence de traitement entre les personnes qui introduisent un recours à l’encontre d’un (refus de) permis unique ‘wallon-wallon’, d’une part, et ceux qui introduisent un recours à l’encontre d’un (refus de) permis unique

‡LW-CHDTPADCA-GFCFBSQ‡

‘wallon-germanophone’, d’autre part, est – dans ce cas aussi – due à la structure fédérale du pays et l’existence de législateurs différents […]

Dans ce contexte […], il est apparu opportun de garder la possibilité d’un recours interne et d’instaurer une instance de recours qui soit composée de manière mixte, à savoir de représentants wallons et germanophones. Un tel système de commission de recours existant déjà au niveau wallon pour les recours à l’encontre des permis intégrés (article 101 du décret du 5 février 2015 relatif aux implantations commerciales), il n’a pas fallu ‘réinventer la roue’. De plus, le fait de reprendre mutatis mutandis une instance et une procédure de recours similaire pour les permis uniques et le permis intégrés offre l’avantage de la cohérence dans les textes et de l’accessibilité du droit.

Il est vrai que l’article 95 du décret du 11 mars 1999 désigne le gouvernement et non le ministre comme autorité de recours. Cela est toutefois dû aux principes de technique législative qui, sauf exception, prévoient qu’il n’appartient pas au législateur de s’immiscer dans le fonctionnement du pouvoir exécutif. Ainsi, même si c’est le ‘Ministre ayant les Permis uniques dans ses attributions’ qui décide en réalité (cfr. les articles 47 et suivants de l’arrêté du Gouvernement wallon relatif à la procédure et à diverses mesures d’exécution du décret du 11 mars 1999 relatif au permis d’environnement), une telle délégation directe au ministre n’était pas permise dans le décret du 11 mars 1999.

Pour celui qui intente le recours, il n’y a donc en réalité – en ce qui concerne le ‘niveau de pouvoir’ – aucune différence de traitement dans les faits entre le système wallon actuel (décision d’un ministre qui agit pour le gouvernement) et le système de la commission mixte composée des ministres compétents dans le cadre de l’accord de coopération“.

Artikel 56

Absatz 2 der französischen Fassung ist umzuformulieren, da die Benutzung des Worts „voire“ in einer Rechtsvorschrift nicht angemessen ist. Die Behörde, die den mit dem Vorsitz des gemischten Berufungsausschusses beauftragten Minister bestimmt, ist ausdrücklich vorzusehen.

Artikel 70

In Paragraph 2 Absatz 3 schreibe man „im Sinne von § 2 Absatz 1 Nummer 1“.

Artikel 75

In Absatz 1 schreibe man „des Dekrets der Wallonischen Region vom 6. November 2008“.

‡LW-CHDTPADCA-GFCFBSQ‡

Artikel 83

In Absatz 1 der französischen Fassung ist die Abkürzung „§ 1“ auszulassen.

DER GREFFIER DER PRÄSIDENT

Charles-Henri VAN HOVE Martine BAGUET

Das Gutachten wurde unter der Aufsicht von Roger WIMMER, Erster Auditor, übersetzt.

DER CHEFGREFFIER,

Gregory DELANNAY

‡LW-CHDTPADCA-GFCFBSQ‡